



Datenschutz:

Strafe gegen Facebook

„Facebook muss wegen Datenschutzvergehen mehr als fünf Milliarden US-Dollar Strafe zahlen und seine interne Struktur ändern.“ So lautet die Kernaussage eines Vergleichs, den Facebook und die amerikanische Verbraucherschutzbehörde (FTC) vereinbart haben.

Hintergrund

Die FTC hatte den Vorgang untersucht, bei dem Nutzerdaten an das Datenanalyse-Unternehmen Cambridge Analytica weitergegeben worden waren. Hierbei sollte die Klärung erfolgen, inwiefern Facebook als größtes Social Media-Unternehmen der Welt gegen ein Datenschutz-Gesetz aus dem Jahre 2011 verstoßen hat.

Das Datenanalyse-Unternehmen Cambridge Analytica hatte unter anderem von App-Entwicklern personenbezogene Daten von bis zu 87 Millionen Facebook-Usern erhalten und verarbeitet. Mit der anschließenden Profilauswertung der hinter diesen Daten stehenden Usern soll sodann maßgeblich Einfluss auf die Wahl Donald Trumps als US-Präsident sowie auf den Brexit genommen worden sein. Obgleich es sich nicht um hochsensible, sondern (halb-)öffentliche Daten wie Name, Geburtsdatum, Likes et cetera handelte, ließen sich aus diesen Daten umfangreiche Schlüsse über die dahinterstehenden Personen ziehen. Insbesondere die politische Gesinnung stand hier im Fokus von Cambridge Analytica.

Im Vergleich geregelte Maßnahmen

Facebook muss aufgrund dieses Datenschutzvergehens also mehr als fünf Milliarden US-Dollar Strafe zahlen und seine interne Struktur ändern.

Auch wenn Facebook derzeit einen Jahresumsatz von weit über 55 Milliarden US-Dollar zu verzeichnen hat, dürfte die Strafe den Konzern empfindlich treffen.

Jedenfalls bleibt festzuhalten, dass der im Vergleich vereinbarte Betrag die höchste von der FTC jemals verhängte Geldbuße darstellt.

Neben der verhängten Geldbuße hat die Verbraucherschutzbehörde strukturelle Veränderungen in der Führungsetage von Facebook angeordnet. Als datenschutzrechtlicher Verantwortlicher soll der Social Media-Konzern mehr als je zuvor in die Pflicht genommen werden. Von dieser Maßnahme verspricht sich die FTC mehr Transparenz und gleichzeitig eine Vereinfachung der Aufsichtstätigkeit über Facebook, um so den Verbraucher effizienter schützen zu können. Des Weiteren soll Facebooks Verwaltungsrat ein unabhängiges Gremium schaffen, das für den Schutz von Daten und Privatsphäre der Nutzer zuständig ist. Die Mitglieder dieses Datenschutzrates sollen dabei von einer neutralen Kommission besetzt werden, womit Mark Zuckerberg, dem CEO Facebooks, die direkte Kontrolle über Datenschutzfragen teilweise entzogen werden soll. Weil Zuckerberg nun alle drei Monate bestätigen muss, dass Facebook die Privatsphäre der User angemessen schützt, wird dieser ebenfalls stärker in die Verantwortung genommen.

Beurteilung

Auch wenn der Vergleich wenigstens kein offizielles Schuldeingeständnis von Facebook zur Folge hat, ist jener dennoch ein weiterer Schritt dem Konzern zu verdeutlichen, dass dieser verantwortlich mit den personenbezogenen Daten seiner User umgeht.

Haben Sie noch Fragen? Wir helfen Ihnen gerne!

Ihre Rechtsabteilung der Handwerkskammer Koblenz, Telefon 0261/398-205, recht@hwk-koblenz.de